



Haushalts- und Finanzausschuss

25. Sitzung (öffentlich)

13. Juni 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:00 Uhr bis 14:40 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug, Ulrike Schmick

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Aktuelle Viertelstunde	5
<u>Thema:</u> Ausstehende Gehaltszahlungen an studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte	
Antrag der Piratenfraktion	
– Bericht von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM)	5
– Aussprache	6
1 Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen und zur Änderung weiterer Gesetze	14
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2556	

Der Gesetzentwurf wird kurz beraten. Die Abstimmung soll am 4. Juli 2013 erfolgen.

2 Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes 17

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2722

Der Haushalts- und Finanzausschuss **beschließt** einvernehmlich, **kein Votum** zu dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/2722** abzugeben und sich nachrichtlich an der geplanten Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik zu beteiligen.

3 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2012 sowie Überschreitungen unter 25.000 Euro im gesamten Haushaltsjahr 2012 19

Vorlage 16/869

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten einstimmig, die in Vorlage 16/869 dargestellten über- und außerplanmäßigen Ausgaben **zu genehmigen**.

4 Kaufabsicht des Landes über die Bundesanteile am Hafen Duisburg 20

Vorlage 16/844

Fragen aus dem Ausschuss werden vom Finanzministerium beantwortet.

5 Public Corporate Governance Kodex des Landes Nordrhein-Westfalen 23

Vorlage 16/788

Zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen nehmen Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) und LMR Thomas Bringmann (FM) Stellung.

6	Phoenix-Portfolio, Klärung offener Fragen zu Phoenix und EAA	31
7	Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften zur Vergütungsoffenlegung bei nordrhein-westfälischen Sparkassen	31
	Sachstandsbericht der Landesregierung	
8	Eventualverbindlichkeiten von 19,7 Milliarden € im neuen Geschäftsbericht der Ersten Abwicklungsanstalt (EAA): Zusammensetzung, Hintergründe, Haftungsverhältnisse, Risikovorsorge und Eintrittswahrscheinlichkeiten	31
	Bericht der Landesregierung	
	Diese Tagesordnungspunkte werden aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung verschoben.	
10	Verschiedenes	32
	a) Außerplanmäßige Sitzung am 9. Juli 2013	32
	b) Vorlage zur Provinzialversicherung	32
	c) Gutachten zu den Ministerpensionen	32
	d) Fragen zum THTR 300 Hamm-Uentrop	33
9	Gespräch mit dem Vorstand der NRW.BANK	34
	– Präsentation durch den Vorstandsvorsitzenden Dietmar P. Binkowska und die Vorstandsmitglieder Michael Stölting und Klaus Neuhaus (NRW.BANK) (<i>siehe auch Anlage zu diesem Protokoll</i>)	34
	– Aussprache	41

1 **Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen und zur Änderung weiterer Gesetze**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2556

Vorsitzender Christian Möbius weist darauf hin, dass der Gesetzentwurf vom Plenum am 24. April 2013 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss überwiesen worden sei.

Der Unterausschuss „Personal“ habe bereits in seiner Sitzung am 14. Mai 2013 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und der Piraten gegen die Stimme der FDP-Fraktion die unveränderte Annahme empfohlen.

Der mitberatende Innenausschuss habe in seiner Sitzung am 6. Juni 2013 wie folgt votiert: Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hätten dem Gesetzentwurf zugestimmt. Die CDU-Fraktion habe bei einigen Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt. FDP und Piraten hätten sich der Stimme enthalten.

Der Gesetzentwurf solle im Haushalts- und Finanzausschuss in der Sitzung am 4. Juli 2013 abschließend beraten und abgestimmt werden. Wenn gewünscht, könne man heute in eine kurze Diskussion eintreten.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) hält es für richtig, über den Antrag erst in der nächsten Sitzung abzustimmen. Seine Fraktion werde sich dazu noch einige Gedanken machen und werde voraussichtlich etwas vorlegen.

Das Abstimmungsverhalten, das seine Fraktion im Unterausschuss „Personal“ gezeigt habe, mache deutlich, dass sie nicht grundsätzlich gegen diese Institution sei, sondern das im Grundsatz für eine sinnvolle Bündelung von Aufgaben halte. Einzelne Fragen seien bereits angesprochen worden. Das werde noch vertieft werden.

Vom Minister wüsste er gerne, ob in der jetzt vorgesehenen Konstellation der Organisation die Stellen auch in den Haushalt 2014 kommen würden, die zur ordnungsgemäßen Aufgabenfüllung erforderlich seien. Beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt habe der Minister gesagt, dass das beim LBV nicht der Fall sei. Diese Meinung könne man durchaus teilen. Wenn man eine neue Behörde gründe, sei es besonders wichtig, dass insbesondere beim Thema EPOS CC die Personalausstattung für die Zukunft ausreiche, um den – das sei in der Arbeitsgruppe Haushaltsrecht diskutiert worden – jetzt strukturiert stattfindenden Roll-out-Prozess so zu begleiten, dass da möglichst effizient gearbeitet werden könne. Auch in der Vergangenheit habe es immer den Hinweis aus dem Parlament gegeben, dafür zu sorgen, dass das für die Anwender vernünftig laufe, sodass bei der Einführung der Systeme möglichst wenig schiefgehe.

Er wolle sich jetzt nicht durch die Hintertür erneut zur Aktuellen Viertelstunde äußern, habe aber eine Bitte zum Thema LBV. In der Vergangenheit habe der Ausschuss

darüber mehrfach in verschiedenen Kontexten beraten. Auch in der Vergangenheit seien vom Minister und seinem Vorgänger Maßnahmen ergriffen worden, um bestimmte Schwierigkeiten etwa bei der Bearbeitung von Beihilfe und anderen Dingen abzustellen. Er hätte gerne – möglichst zur nächsten Sitzung – einen schriftlichen Bericht darüber, wie sich der heutige Zustand des LBV darstelle, wo die Hauptschwerpunkte für die Zukunft lägen, wo die Hauptchancen und Hauptprobleme lägen, wie sich der Personalbedarf in den einzelnen Bereichen darstelle.

Er habe den Eindruck, dass die neue Behördenleitung das Vertrauen nicht nur des Hauses, sondern auch des Ausschusses verdiene, und rege an, in der nächsten Sitzung des Unterausschusses „Personal“ die Entwicklung im LBV einmal vorzustellen. Es gehe darum, das auch strukturell anzupacken, und zwar im Sinne der Menschen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) erklärt, selbstverständlich werde man der Bitte nachkommen, das heute nicht weiter zu beraten. Alle Punkte, die Herr Optendrenk vorgetragen habe, hätten bereits ausführlich in den jeweils angesetzten Ausschusssitzungen beraten werden können. Er wundere sich, dass das heute auf den Tisch komme. Entsprechend der getroffenen Verabredung werde dieser Tagesordnungspunkt jetzt um eine Sitzung verschoben.

Das Thema dieses Gesetzentwurfs wie auch das Thema „LBV“ der Aktuellen Viertelstunde seien eindeutig dem Unterausschuss „Personal“ zuzuordnen. Das hätte man auch dort diskutieren müssen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es gestern im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung ohnehin als ordentlicher Tagesordnungspunkt diskutiert worden sei. Er sei nicht einverstanden, eine formale Frage mit inhaltlichen Punkten zu verknüpfen. Er bitte den Vorsitzenden, künftig genauer darauf zu achten, ob das in diesen Ausschuss gehöre. Wenn im HFA alles diskutiert werden solle, dann könnte man in der Konsequenz den Unterausschuss „Personal“ auch auflösen.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) macht darauf aufmerksam, dass für heute ohnehin keine Abstimmung über den Gesetzentwurf vorgesehen sei, sondern nur eine Beratung über das Ergebnis des Unterausschusses „Personal“. Seine Fraktion wolle noch intern bewerten, ob sie Änderungsanträge für die abschließende Beratung vorbereite. Das bedeute keine Verzögerung; sie sei auch nicht beabsichtigt.

Ralf Witzel (FDP) meint, die Detaildebatten zu diesem Thema gehörten in den Unterausschuss „Personal“. Da sei das Thema auch behandelt worden. Trotzdem müsse es immer möglich sein, im Haushalts- und Finanzausschuss im weiteren Beratungsgang, bevor eine Entscheidung falle, Nachfragen zu stellen, die sich aus der Debatte ergäben.

Die Fragen zum LBV seien in hohem Maße haushaltsrelevant. Der Finanzminister habe eben gesagt, er werde weitere Stellen beantragen. In den HFA gehöre auch eine Debatte, ob der Stellenaufwuchs, der in den letzten Jahren erfolgt sei, nicht ausreiche. Es gebe mehrere Dutzend Stellen mehr als in den zurückliegenden Jahren. Der Aufwuchs sei dem Haushaltsplan zu entnehmen. Er nehme an, dass die im

Haushaltsplan vorgesehenen Stellen auch besetzt worden seien. Die Debatte, warum das immer noch nicht ausreiche, gehöre sehr wohl hierhin. Früher sei es auch mit weniger Personal möglich gewesen, Gehälter auszuzahlen. Da sei die Technisierung noch nicht so weit fortgeschritten gewesen.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) erwidert, an den Überlegungen, in welcher Form das LaFin ausgestattet sein müsse, welche Einheiten quasi als Fortsetzung des LPEM noch da seien, die im Finanzministerium „zwischengeparkt“ würden und dann wieder übergangen, werde insofern gearbeitet, als es Auswirkungen auf den Haushalt 2014 habe. Er sei gerade dabei, die Gespräche mit den Ressorts zu führen.

Mit Blick auf den Einzelplan 12 habe die Fachabteilung Vorstellungen geäußert. Jetzt sei man dabei, die in das Gesamtkonzept einzuarbeiten. Wenn der Ausschuss das beim nächsten Mal diskutieren wolle, könne man das auch konkreter beschreiben.

Vorsitzender Christian Möbius hält fest, die abschließende Beratung und Abstimmung fänden am 4. Juli 2013 statt.

